

14.51

Abgeordnete Mag. Dr. Petra Oberrauner (SPÖ): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Besucher und geschätzte Damen und Herren, die von zu Hause zusehen! Die Sicherstellung des reibungslosen Breitbandausbaus muss ein Anliegen der Regierung sein. Das ist vollkommen klar. Das muss als kritische Infrastruktur wirklich funktionieren und vor allem rasch funktionieren.

Die Digitalisierung und damit die Abhängigkeit von solchen Infrastrukturen schreitet voran, und zwar in jedem Bereich: in der Schule, in der Durchsetzung der Bürgerrechte, Digitales Amt zum Beispiel, oder in der Wirtschaft. Das Tempo hat zugenommen, und entsprechend müssen wir auch weiterhin und schneller diese Verlegung von Glasfaser forcieren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Warum ist es wichtig? – Es ist für die Lebensqualität der Menschen wichtig, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Es ist aber auch wichtig für öffentliche und kommerzielle Dienstleistungen. Es ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und Forschungseinrichtungen und es ist wichtig für die Städte und Gemeinden, die als Voraussetzung für einen guten Standort existenziell eine gute und funktionierende Internetanbindung brauchen.

In diesem Zusammenhang wäre es selbstverständlich gewesen, letztere einzubinden, und zwar umfassend: in die Planung, in die Umsetzung, in den Bedarf. Die Städte und Gemeinden wissen genau, wofür es geht. 70 Prozent der Kosten sind Grabekosten. Wir hätten uns da doch ziemlich viel Geld ersparen können, wenn wir sie als Partner eingebunden hätten. Sie würden auch die Nutzer garantieren, weil sie genau wissen, wo die Nutzer sind. Das können wir, sage ich einmal, auf Bundesebene, glaube ich, nicht beurteilen.

Eine strategische Planung auf Bundesebene gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, die betroffen sind, hätte die Umsetzung deutlich beschleunigt und diese Vergabe von einzelnen Zellen an viele Förderwerber unnötig gemacht, die das System dann irgendwie zersprageln.

Das Problem der Städte und Gemeinden, dass sie keinen Ausbaupartner finden, hätte sich dann auch relativiert, weil Unternehmen strategisch Dinge vorbereiten und dann blockieren und die Gemeinden und die Städte dann keine Umsetzer bekommen.

Aus dieser Sicht möchte ich sagen, der Antrag adressiert einige Themen, und wir werden ihn auch unterstützen. Was uns fehlt, ist aber, dass die Regierung die Städte und Gemeinden nicht nur besser informiert, sondern auch in die umfassende Planung einbindet und ihnen auch die finanziellen Unterstützungen bereitstellt, damit sie den Ausbau auch selbstständig vorantreiben können – dann wären wir jetzt schon fertig. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

14.54

Präsident Ing. Norbert Hofer: Der nächste Redner ist Dipl.-Ing. Gerhard Deimek. – Bitte, Herr Abgeordneter.